Südschleswigscher Wählerverband

Pressemitteilung
169-2019
Kiel, 03.07.2019

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

# Verantwortungsvolle Drogenpolitik sieht anders aus

*Zum heutigen Bericht der Lübecker Nachrichten zur Rauschgiftkriminalität erklärt der gesundheits- und sozialpolitische Sprecher des SSW im Landtag, Flemming Meyer:*

Drogen sind heute leichter zu bekommen als ein Arzttermin. Die Konsumenten sind dabei einem skrupellos agierenden Schwarzmarkt ausgesetzt, der sich weder um das Alter der Konsumenten noch um die gesundheitlichen Folgen von Streck- und Zusatzmitteln schert.

Doch leider wird Drogenpolitik hierzulande immer noch mit gescheiterten Lösungsansätzen von vorgestern betrieben. Unseren Vorstoß für ein Modellprojekt zur staatlich kontrollierten Freigabe von Cannabis in Schleswig-Holstein etwa hat Jamaika abgelehnt, obwohl dieser gar im Koalitionsvertrag angekündigt war.

Damit setzt Jamaika faktisch weiter auf Kriminalisierung, obwohl ein effektiver Verbraucherschutz für alle Seiten zielführender wäre, als Polizei und Justiz mit der Strafverfolgung von Kleinstkonsumenten zu belasten, deren Verfahren ohnehin meist wieder eingestellt werden.

Im Gegensatz zur Drogenpolitik hat sich der Drogenmarkt weiter entwickelt. Beim Cannabis etwa ist der THC-Wirkstoffgehalt durch jahrzehntelange Veredelung so hoch, dass die polizeiinternen Kategorien jetzt nach oben angepasst werden mussten. Das sollte aufhorchen lassen, denn der

Cannabiskonsum ist seit 2011 wieder stark angestiegen. Verbote ändern daran nichts. Was wir aber ändern können, sind die gesundheitlichen Gefahren, die vom Schwarzmarkt-Cannabis ausgehen. Durch staatlich kontrollierten Eigenanbau ließe sich der THC-Gehalt auf ein Normalmaß herunter fahren und auf gefährliche Streckmittel verzichten. Und durch eine staatlich kontrollierte Abgabe ließe sich Konsumentenberatung und Jugendschutz gleichermaßen gewährleisten. Und nebenbei würden Steuergelder in die Landeskasse fließen, mit denen sich wiederum Vorbeugungs-, Beratungs- und Behandlungsangebote finanziert werden könnten.

Man muss eben den Mut haben neue Wege zu gehen. Aber entgegengesetzt eigener Ankündigungen scheint Jamaika diesen Mut nicht zu besitzen. Das ist bedauerlich, denn so werden Millionen Konsumenten weiterhin an den Rand der Kriminalität gedrängt. Und von dort aus ist es ein enormer Angang um Hilfe zu bitten, wenn die Dinge erst einmal außer Kontrolle geraten.

Verantwortungsvolle Drogen- und Gesundheitspolitik sieht anders aus.